

Der Wahlkampf ist eröffnet. Die FDP will das deutsche Alterssicherungssystem nach schwedischem Vorbild reformieren und um eine "gesetzliche Aktienrente" erweitern.

Die Argumente lauten:

- Schon jetzt liege der Bundeszuschuss zur Rentenkasse bei mehr als 100 Milliarden Euro jährlich.
Negiert wird dabei der Fakt, dass dieser Bundeszuschuss noch nicht einmal die jährlich der Rentenkasse entzogenen versicherungsfremden Leistungen ausgleicht.
- Damit die Rente langfristig sicher bleibe, müsse die kapitalgedeckte Altersvorsorge verbraucherfreundlicher werden und stärker auf Aktien setzen.
Betriebsrente in welcher Form auch immer und private Renten sind kapitalgedeckte Versicherungen, die aber langfristig durch den Eingriff der Politik zum Wohle des Versicherungswesens für den Verbraucher unwirtschaftlich gemacht wurden.
- Zudem müsse Deutschland sich als Einwanderungsland für Fachkräfte öffnen.
Warum und wie sollen diese das deutsche Rentensystem stützen, wo es doch nachweislich das schlechteste innerhalb Europas ist.



Wie soll diese gesetzliche **Aktienrente** aussehen?

Zukünftig sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber verpflichtet werden, je 1% des Bruttoeinkommens in die Aktienrente einzuzahlen. Im Gegenzug wird der Beitrag zur gesetzlichen Rente um diesen Anteil gesenkt, unter heutigen Bedingungen also auf 16,6 Prozent. Das vermindert zwar die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenkasse, dies werden aber langfristig mehr als ausgeglichen, verspricht die FDP.

Eine 2015 von den Grünen in Hessen vorgeschlagene Deutschland-Rente war ähnlich aufgebaut, ist aber im Bundesrat stecken geblieben.

Überdies lehrt die Erfahrung, dass keine der 20 Rentenreformen seit 1957 länger als anderthalb Legislaturperioden Bestand hatten.

Eine gute Idee wird daraus aber erst, wenn die neue Aktienrente nicht zulasten der umlagefinanzierten Rente ginge, wie es die FDP vorschlägt. Viel geschickter wäre es, die Gelder für die missratene Riester-Rente in der alternativen Aktienrente einzusetzen. Das Aufbegehren der Versicherungswirtschaft, die daran bisher prächtig verdient hat, könnte der wirtschaftsfreundlichen FDP allerdings Schwierigkeiten bereiten. Richtig wäre es trotzdem, denn nur die Hälfte der Bundesbürger, für die die Riester-Rente gedacht war, hat ein solches Riester-Produkt. Vergessen darf man jedoch nicht, dass derzeit staatliche Gelder nicht in risikoreiche Anlagen fließen dürfen.